



Stiftung
Asienhaus



Stiftung Asienhaus

Myanmar im Widerstand

Analysen und Perspektiven

Inhalt

Myanmars Bevölkerung nicht vergessen	
Von Nicola Glass	4
Gewerkschaften im Widerstand	
Ein Interview von Ohnmar Khin mit Myo Myo Aye	9
Die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung	
Von Majid Lenz	12
Myanmar auf dem Weg in die Freiheit	
Von Harry Myo Lin	16
Myanmar nach dem Putsch – Neue Genderdynamiken in der Gesellschaft und der Politik?	
Von Henri Myrntinen	19
Myanmars Revolution wird gewinnen, aber die Welt muss sie unterstützen!	
Von Nang Zun Moe	22
Zwischen ‚Brüderlichkeit‘ und Abhängigkeit: Chinas Einfluss in Myanmar	
Von Majid Lenz	25
Die Myanmararbeit der Stiftung Asienhaus	30

Myanmars Bevölkerung nicht vergessen

Von Nicola Glass

Es war das Wochenende nach Putins Einmarsch in die Ukraine: Aktivist:innen in Myanmar zeigten sich solidarisch mit der Bevölkerung in Russlands westlichem Nachbarland. Bei Protestaktionen á la „Flash Mob“ Ende Februar 2022 hielten sie neben der ukrainischen Flagge selbstgefertigte Schilder und Transparente in die Höhe, beschriftet mit Slogans wie „Myanmars Frühlingsrevolution steht für die Ukraine ein“ oder „Russland – Beende den aggressiven Krieg“, berichtete The Irrawaddy. „Myanmar und die Ukraine haben einen gemeinsamen Feind“, schrieb das Nachrichtenportal. Die Ukrainer kämpften gegen den Invasor Wladimir Putin. Und für Myanmars Bevölkerung sei Russland weiterhin ein enger Verbündeter des Militärregimes; unter anderem gehörte Moskau – zumindest bis vor der russischen Invasion in die Ukraine – zu den wichtigsten Waffenlieferanten der Junta.

Mehr als ein Jahr ist seit dem Putsch in Myanmar vergangen, und das Volk wehrt sich immer erbitterter gegen das Militärregime unter Juntachef Min Aung Hlaing. Gerüchte über einen Umsturz hatten sich im Januar 2021 verdichtet, wenige Wochen nach den Parlamentswahlen. Die *Nationale Liga für Demokratie* (NLD) von Aung San Suu Kyi hatte nach der Abstimmung vom November 2015 auch die Wahlen vom 8. November 2020 klar gewonnen – und den Vorsprung gar noch ausgebaut. Unterlegene Konkurrenten, darunter die militätreue *Union Solidarity and Development Party* (USDP), sprachen von Wahlbetrug, ohne Beweise vorzulegen. Zeitgleich hatte ein Sprecher der Armee sich geweigert, die Möglichkeit eines Putsches auszuschließen.

Den Militärs dienten die haltlosen Vorwürfe dazu, die zivile NLD-Regierung am 1. Februar 2021 zu stürzen, wenige Stunden bevor das neue Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen sollte. De-facto-Regierungschefin Suu Kyi, Präsident Win Myint sowie viele weitere Oppositionelle wurden verhaftet und mit einer Vielzahl fingierter Anklagen überzogen. Einige Urteile hat

die Justiz bereits gefällt, darunter gegen Suu Kyi aufgrund abstruser Beschuldigungen wie beispielsweise wegen Verstoßes gegen Corona-Auflagen im Wahlkampf oder des illegalen Besitzes von Funkgeräten.

Motive für den Putsch

Über die Motive für den Staatsstreich wurde viel spekuliert; auch während der Regierungszeit der NLD galt die Armee als die eigentliche Macht in dem mehrheitlich buddhistischen Land. Die umstrittene Verfassung von 2008 (durchgedrückt in einem von Grund auf verfälschten Referendum während der Nargis-Katastrophe) garantierte den Militärs unabhängig von Wahlen ein Viertel der Parlamentssitze und damit ein Vetorecht bei allen wesentlichen Entscheidungen.

Das aber reichte offensichtlich nicht aus, den Machthunger des ranghöchsten Generals im Land zu befriedigen. Min Aung Hlaing, der mit seinem 65. Geburtstag im Juli 2021 als Armeechef in den Ruhestand hätte gehen müssen, schwebte Beobachter:innen zufolge eine Zukunft als künftiger Präsident einer USDP-geführten Regierung vor. Die Demütigung der USDP bei den Wahlen vom November habe dieses Ziel vereitelt, erklärte Melissa Crouch, Rechtsexpertin der Universität New South Wales in Sydney, im Sender *Al Dschasira*. Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* bezeichnete den Putsch als „Katastrophe mit Ansage“: Die frühere Demokratie-Ikone Suu Kyi habe vergeblich versucht, sich den Militärs anzubiedern.

Besonders auffällig wurde dies vor dem Hintergrund des Völkermordes an den Rohingya. Die Friedensnobelpreisträgerin von 1991 duldete die Verbrechen des Militärs an der überwiegend muslimischen Volksgruppe nicht nur, sondern verteidigte die Gräueltaten sogar öffentlich. Der Militärputsch hat die Rückkehr der insbesondere seit Ende August 2017 aus Myanmars westlichem Bundesstaat Rakhine vertriebenen Rohingya vollends unmöglich



Massenproteste in Yangon nach dem Putsch. (Foto: Saw Wunna)

gemacht. In Myanmar wird die Volksgruppe seit Jahrzehnten brutal verfolgt und gezielt diskriminiert. Niemand kann derzeit einschätzen, wie lange die etwa eine Million Flüchtlinge noch in den überfüllten Camps im benachbarten Bangladesch ausharren müssen.

Mitverantwortung der Weltgemeinschaft

Mittlerweile ist ganz Myanmar in Chaos und Gewalt versunken. Laut der Gefangenen-Hilfsorganisation AAPP wurden bis einschließlich 27. Mai 2022 mindestens 1.866 Menschen durch die Junta ermordet. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher sein. Mehr als 13.800 Personen wurden verhaftet, die meisten sitzen bis heute hinter Gittern. Fast 2.000 weitere konnten ihrer Festnahme entgehen. Im Juli 2021 hatte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, vor dem Absturz Myanmar in einen ausgedehnten Bürgerkrieg gewarnt und zugleich von einer „multidimensionalen Menschenrechts-Katastrophe“ gesprochen.

Die Weltgemeinschaft ist wesentlich mitverantwortlich dafür, dass sich der Charakter des Widerstands gewandelt hat und die Gemengelage zunehmend unüberschaubar und explosiv geworden ist. Unmittelbar nach dem Putsch hatten Regimegegner:innen zu Aktionen des friedlichen zivilen Ungehorsams aufgerufen, an denen sich Aktivist:innen, Mediziner:innen und Pflegekräfte, Lehrer:innen, Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen beteiligten. Auffällig war die hohe Zahl junger Leute der Generation Z, die nicht hinnehmen mochten, dass ihr Land, das seit 1962 etwa 50 Jahre unter der Knute wechselnder Militärs stand, erneut von einer Junta beherrscht werden sollte.

Nur wenig später gab es das erste dokumentierte Todesopfer: Am 9. Februar 2021 wurde die 19-Jährige Mya Thwate Khaing bei einer Demonstration in der Hauptstadt Naypyidaw durch einen Kopfschuss mit scharfer Munition lebensgefährlich verletzt, etwa zehn Tage später starb sie. Mya Thwate Khaing wurde ebenso zu einer Symbolfigur der Proteste wie die 19-Jährige Kyal Sin aus Mandalay. Kyal Sin, bekannt als ‚Angel‘, war während eines Protests am 3. März 2021 erschossen worden. Zu diesem Zeitpunkt trug sie ein T-Shirt mit der Aufschrift „Everything will be OK“.



Die anfängliche Hoffnung der Bevölkerung auf internationale Unterstützung ist enttäuscht worden. (Foto: Henri Myrntinen)

Kriegswaffen gegen die demonstrierende Bevölkerung

In jenem März veröffentlichte *Amnesty International* einen Bericht, in dem die Organisation Myanmars Junta vorwarf, mit Kriegswaffen gegen die demonstrierende Bevölkerung vorzugehen. Tödliche Taktiken und Waffen wie ansonsten auf Schlachtfeldern üblich würden nun im ganzen Land zunehmend gegen friedlich Protestierende und Passant:innen eingesetzt. Das sei nicht das Handeln überforderter, einzelner Offiziere, die Fehlentscheidungen trafen, betonte *Amnesty*. Vielmehr handle es sich um das Vorgehen skrupelloser Kommandeure, die bereits in Verbrechen verwickelt gewesen seien, etwa gegen Angehörige ethnischer Minderheiten in den Bundesstaaten Rakhine, Kachin und Shan. Für die Gewalt gegen Demonstrant:innen waren laut lokaler Medien Soldaten einer Infanterie-Division mit verantwortlich, die im August 2017 an der brutalen Offensive gegen die Rohingya beteiligt gewesen waren.

Mit der Zeit wuchsen in Myanmars Bevölkerung Frust, Verzweiflung und Enttäuschung über die weitgehende Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft. Eine Reihe von Staaten äußerte sich „zutiefst besorgt“ oder verurteilte die Morde an friedlichen Protestierenden als „wirklich empörend“. Auch verhängten unter anderem die USA, EU, Kanada sowie Großbritannien wiederholt gezielte Sanktionen gegen das Militärregime und dessen Vertraute. Allerdings können diese nicht die gleiche Sogwirkung entfalten wie ein globales Waffenembargo gegen Myanmars Generäle, wie es Menschenrechtler:innen bislang vergeblich fordern.

Enttäuscht zeigten sich die Regimegegner:innen insbesondere über die Haltung des UN-Sicherheitsrates. Zwar hatte das Gremium, beispielsweise während einer Sitzung im Frühjahr 2021, die Brutalität einstimmig verurteilt. Aber auf Betreiben Chinas – und nach Angaben von Diplomaten:innen auch Russlands – war eine schärfere Wortwahl verhindert worden. Ebenso hatte Peking indirekte Sanktionsdrohungen blockiert. Am 11. April 2021 ging in den sozialen Medien das Foto eines jungen Mannes viral, der ein Pappschild trug mit der Aufschrift: „Nur ,700‘ in ,70‘ Tagen getötet. Lass dir Zeit, UN. Wir haben noch ,Millionen‘ übrig.“



Demonstrant:innen entwickelten Strategien um sich gegen die Polizei zu schützen, erfuhren aber nur noch brutalere Repression. (Foto: Henri Myrntinen)

Wege in den bewaffneten Widerstand

Nachdem sie vergeblich um internationale Intervention gebeten hatten, entschieden sich viele Protestierende für den bewaffneten Widerstand. Sie erklärten, sie wollten nicht länger zusehen, wie das Militärregime Zivilist:innen massakrierte. Ein Teil begann, sich den seit Jahrzehnten bestehenden bewaffneten Rebellengruppen ethnischer Minderheiten wie der *Karen National Liberation Army* (KNLA) im Osten oder der *Kachin Independence Army* (KIA) im Norden anzuschließen, beziehungsweise sich im Kampf ausbilden zu lassen.

Zudem schossen landesweit sogenannte *People's Defense Forces* (PDFs) wie Pilze aus dem Boden. Viele der zahlreichen lokalen Widerstandszellen erklärten ihre Unterstützung für die von Gegner:innen des Putsches im April 2021 proklamierte *Regierung der Nationalen Einheit* (NUG), die zur Bildung einer „föderalen Armee“ aufgerufen hatte. Zudem kündigte die NUG am 5. Mai 2021 an, als Vorläufer für eine Unionsarmee eine *People's Defense Force* (PDF) zu etablieren. Doch das Ziel einer föderalen Armee liegt in weiter Ferne.

Denn die schätzungsweise mehr als 20 bewaffneten ethnischen Rebellengruppen in Myanmar haben, von einigen Ausnahmen wie unter anderem der KNLA und KIA abgesehen, ihre Loyalität bisher ausschließlich rhetorisch bekundet oder verfolgen aus Machtkalkül und Misstrauen gegenüber der Zentralregierung – auch gegenüber Suu Kyis gestürzter Partei NLD – eigene Ziele.

Manch eine der landesweit entstandenen Widerstandsgruppen, die sich *Volksverteidigungskräfte* nennen, hatte sich schon vor der Ankündigung durch die NUG formiert. Auch wenn sie ihre Loyalität zur Schattenregierung bekundet haben, bleibt strittig, ob und wie viele der PDFs dem Kommando oder der Kontrolle der NUG unterstehen. Sie agieren teilweise mit anderen bewaffneten (Rebellen) Gruppierungen, indem sie neue Allianzen geschmiedet haben, teilweise unabhängig. Deren Guerilla-Taktiken bedeuteten für Myanmar's Junta eine weitere Front und damit zugleich eine der für das Regime „größten strategischen Bedrohungen“, schreibt der Analyst Matthew B. Arnold. Denn der bewaffnete Widerstand habe sich nun auch in Kernregionen der Bevölkerungsmehrheit der Bamar (Birman:innen) etabliert. Laut der *International Crisis Group* (ICG) reicht die Bandbreite von „spontan organisierten ländlichen Milizen, die Soldaten überfallen, bis hin zu städtischen Untergrundnetzwerken, die Repräsentant:innen und Büros der Junta attackieren“. Die auf politische Krisen spezialisierte Organisation sieht das Land vor einer langwierigen Phase zunehmender Konflikte. Dabei gewinne die oppositionelle Bewegung trotz einiger Probleme allmählich an Stärke, schrieb die ICG am 12. Januar 2022.

Solidarität für Ukraine und Myanmar gefordert

Fest steht, dass Myanmar's Generäle mehr als ein Jahr nach dem Staatsstreich nicht Herren der Lage sind. „Die Opposition gegen den Putsch, einschließlich des bewaffneten Widerstands, bleibt erbittert und dürfte sich 2022 verstärken“, kommentierte der Gründer und Chefredakteur des Magazins *The Irrawaddy*, Aung Zaw. Assistent von der junta-treuen, ultranationalistischen Miliz *Pyu Saw Htee* nimmt das Militärregime systematisch die Hochburgen des Widerstands ins Visier. Dazu zählen der Bundesstaat Chin im Nordwesten, die daran angrenzende Region Sagaing sowie die östlichen Bundesstaaten Kayah (Karenni) und Kayin (Karen). Durch Luftangriffe, Bombardements und das Niederbrennen von Dörfern sterben immer mehr Menschen, die seit langem bestehende humanitäre Katastrophe verschärft sich zusehends: So registrierte das UN-Flüchtlingshilfswerk bis Anfang Mai 2022 mindestens 936.700 Binnenflüchtlinge, darunter 590.100 Menschen, die allein seit dem Militärputsch vertrieben wurden.



Die Proteste richten sich auch gegen andere autoritäre Bestrebungen. (Foto: Henri Myrntinen)

Den Umstand, dass sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit seit dem 24. Februar 2022 auf Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine richtet, machten sich Myanmars Generäle Berichten zufolge zunutze und bombardierten weitere Regionen des Landes. Vor dem Hintergrund dieses Krieges in Europa erneuerte Myanmars Opposition ihre Appelle an die internationale Gemeinschaft: Viele Burmesinnen und Burmesen setzten ihren Widerstand gegen ein Militärregime fort, das Wladimir Putin, den russischen Präsidenten, als treuen Verbündeten betrachte, wurde der im tschechischen Exil lebende Aktivist Linn Thant in einem *Euronews*-Artikel zitiert. Zugleich zeigten sie sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und beteten für sie. Demnach bat Linn Thant die EU darum, Myanmars Bevölkerung nicht zu vergessen. Zu Recht unterstütze die Welt den Widerstand der Ukraine, aber sie müsse mehr für Myanmar tun, fordert auch der Analyst Matthew B. Arnold. „Die Menschen in Myanmar haben mehr als genug Mut und Entschlossenheit gezeigt – das heißt, die Bereitschaft, für sich und ihr eigenes Land zu kämpfen – um eine solche Unterstützung zu verdienen.“

Die Autorin

Nicola Glass ist freie Journalistin und Autorin mit dem Schwerpunkt Südostasien. Von 2002 bis 2015 hat sie als freie Korrespondentin mit Sitz in Bangkok gearbeitet.

Gewerkschaften im Widerstand

Ein Interview von Ohnmar Khin mit Myo Myo Aye



Myo Myo Aye, feministische Gewerkschafterin in Myanmar. (Foto: Myo Myo Aye)

Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle im Widerstand. Sie haben Erfahrungen und die nötigen Netzwerke um Streiks und Proteste zu organisieren. Gleichzeitig sind sie Anlaufstellen für Arbeiter:innen, die sich einem Verlust ihrer Lebensgrundlage ausgesetzt sehen und können Plattformen für Selbsthilfe und kommunale Unterstützungen bereitstellen.

Liebe Daw Myo, kannst Du uns bitte etwas über Dich erzählen?

Ich bin seit 2011 im Gewerkschaftsbereich aktiv und habe *Solidarity Trade Union Myanmar (STUM)* im Mai 2016 mit

gegründet. STUM ist eine Gewerkschaftsorganisation in Myanmar. Wir motivieren die Arbeiter:innen, Mitglied der Gewerkschaft zu werden. Eine weitere Aufgabe ist es, Arbeiter:innen, deren Rechte verletzt wurden, bei Klagen mit juristischem Beistand zu unterstützen. Wir kämpfen für ihre Rechte.

In der Vergangenheit hatten wir eine legitime Regierung und ein Parlament, deswegen machten wir Advocacy- und Lobbyarbeit. Dazu recherchierten wir beispielsweise und bereiteten Dokumente vor, die wir an die Ministerien sandten um Gesetzesänderungen zu bewirken. Nach dem Putsch können wir keine Advocacy- und Lobbyarbeit mehr machen [Anm. d.Verf.: weil alle Gewerkschaften als illegale Organisationen deklariert wurden]. Deswegen versuchen



Arbeiter:innen fordern die Freilassung von Myo Myo Aye. (Foto: STUM)

wir im Moment direkte Hilfe zu geben, z.B. als Schlichter zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Und wir beteiligen uns an der Revolution.

Ich habe Dein Interview mit der Zeitschrift Myanmar Now gesehen. Du bist wegen der Teilnahme an Protesten verhaftet worden. Kannst Du etwas über Deine Verhaftung erzählen?

Nach dem Putsch am 1. Februar 2021 demonstrierten wir auf den Straßen. Wir gehörten zu den wenigen, die direkt am Anfang gegen die Militärregierung in Myanmar protestierten. Am 6. Februar haben wir einen Ausschuss gegen die Militärregierung gegründet. Die Teilnehmer sind Arbeiter:innen und Student:innen und wir kooperieren mit anderen Organisation. Wir haben alle Beweise für unsere Arbeit hier, wenn ihr sie sehen möchtet, kann ich euch die Dateien senden. Die Junta hat am 10. März unter Paragraph 505(d) einen Haftbefehl gegen mich ausgestellt. Die Begründung war, dass ich die Proteste organisiert habe. Am 14. April haben sie mich verhaftet. Sie haben mich 6 Mo-

naten und 6 Tagen im Gefängnis gehalten. Als ich im Gefängnis war, war ich 45 Tagen in Einzelhaft. Im Gefängnis wurden auch meine Menschenrechte verletzt. Nachdem ich freigelassen wurde, beteilige ich mich weiter an der Revolution. Meine Aufgabe sieht im Moment anders aus. Wenn es Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt, unterstützen wir die Arbeiter:innen so gut wie möglich. Wir haben eine *Safe-Box* für geschlechtsspezifische Gewalt eingerichtet. Wenn die Frauen Hilfe brauchen, zum Beispiel, weil sie nicht zu Hause bleiben können, nehmen wir sie auf. Wegen der unruhigen politischen Situation sind manche Fabriken geschlossen, dadurch sind die Arbeiter:innen arbeitslos, sie können es sich nicht mehr leisten ihre Wohnungen zu bezahlen. In solchen Fällen unterstützen wir sie auch finanziell. Wir haben auch *Worker's Center* eingerichtet, in denen wir Seminar und Workshops für die Weiterentwicklung der Arbeiter:innen anbieten, z.B. Kurse über Arbeiterrechte. Wir helfen den Arbeiter:innen damit sie weiter Zugang zum Internet haben. Das sind die Aufgaben im Gewerkschaftsbereich.

In der Frühlingsrevolution sind wir (STUM) gegen die Militärregierung und arbeiten mit dem *National Unity Consultative Council* (NUCC) zusammen. Wir übernehmen bestimmte Aufgaben und Verantwortung gegen die Militärregierung zu kämpfen.

Kannst Du bitte über die aktuelle Situation der Gewerkschaften berichten?

Die Gewerkschaften haben keine offizielle Anerkennung. Die offizielle Anerkennung für Gewerkschaften wurde im Rahmen des Putsches entzogen. Das Arbeitsministerium der Militärregierung hat angekündigt, dass die Gewerkschaften sich dort registrieren müssen. Die Gewerkschaften versuchen nicht diese Anerkennung durch die Militärregierung zu bekommen. Das Arbeitsministerium kontrolliert die Anmeldung von Gewerkschaften, aber wir melden uns bei denen nicht, weil die Militärregierung unschuldige Gewerkschafter:innen verhaftet und tötet: Deswegen haben wir kein Vertrauen zum Arbeitsministerium des Militärs. Wir lehnen die Registrierung von Gewerkschaften ab. Wir möchten nichts mit der Militärregierung zu tun haben, so sieht unser Widerstand aus.

Welchen Schwierigkeiten sind die Arbeiter:innen jetzt, ein Jahr nach dem Putsch, ausgesetzt?

Wir haben sehr viel Schwierigkeiten, nicht nur wegen des Putsches, sondern schon vorher wegen Covid-19. Es gibt Fabriken, die geschlossen wurden. Die Besitzer sind wegelaufen, weil sie die Arbeiter:innen nicht mehr bezahlen konnten. Dann kam der Putsch, die Arbeiter:innen sind hilflos. Hier im Untergrund gibt es aktuell kaum Organisationen, die den Arbeiter:innen helfen, wenn sie Schwierigkeiten mit den Arbeitgebern haben. Arbeitgeber nutzen die



Arbeiter:innen demonstrieren gegen den Putsch. Ihre Erfahrung mit Streiks und Protesten half dem Widerstand enorm. (Foto: Henri Myrntinen)

Situation aus. Es gibt ungefähr 18 Gewerkschaften, aber in der jetzigen Situation müssen die Gewerkschafter:innen untertauchen, daher sind die Arbeiter:innen hilflos. Arbeitgeber nutzen die unruhige politische Lage aus, verstoßen gegen die Arbeitsrechte von Arbeiter:innen. Sie wissen, dass die Arbeiter:innen hilflos sind, daher tun sie was sie möchten. Die Arbeitgeber wissen, dass das Gesetz die Arbeiter:innen nicht schützen wird. Und eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Fabriken keine Aufträge bekommen, da Markenhersteller ihre Produkte nicht unter der Militärregierung in Myanmar herstellen lassen möchten. Am Ende leiden die Arbeiter:innen unter allen möglichen Schwierigkeiten. Wegen der Inflation sind die Lebenshaltungskosten gestiegen. Die Arbeiter:innen verdienen sehr wenig, aber müssen jetzt doppelt soviel für das Essen bezahlen wie früher. Sie haben keinen Strom zu Hause. Wenn sie krank sind, können sie nicht zum Arzt gehen, weil sie kein Geld haben. Wenn die Eltern von Arbeiter:innen krank sind, müssen sie nach Hause (auf das Land) zurück gehen. Solche Arbeiter:innen verlieren die Arbeit, weil sie nur ein paar Tage freigenommen haben. Wenn eine Arbeiterin über

30 Jahre alt ist, ist es für sie schwierig, wieder eine Arbeit in der Fabrik zu bekommen. Also gibt es unterschiedliche Unterdrückung seitens der Arbeitgeber.

Was können wir von außen tun um euch zu unterstützen und was erwartest Du von der internationalen Gemeinschaft?

Sie können Solidarität zeigen, aber Myanmar hat so viel Probleme im Moment. Deswegen bitte ich euch: unterstützt unsere Revolution. Das ist die erste Priorität. Ich möchte, dass die internationale Gemeinschaft die Revolution in Myanmar unterstützt. Wenn ich sage, bitte helft den Gewerkschaften, reicht es leider nicht. Die Widerstandskämpfer:innen der Frühjahrsrevolution haben angekündigt, was sie von außen für Unterstützung brauchen. Die Internationale Gemeinschaft sollte auf die Widerstandskämpfer:innen hören und mit ihnen zusammenarbeiten. Die Arbeiterrechte wurden in der Vergangenheit verletzt, in der Gegenwart auch und in der Zukunft wird es auch so sein. Der Kampf für die Arbeiterrechte ist ein dauerhafter Kampf. Die Marken nutzen die unruhige politische Situation aus. Die Solarmolar Fabrik beispielsweise zahlt kein Gehalt an Arbeiter:innen, weil die Fabrik abgebrannt ist. Wir Gewerkschaften organisieren eine Kampagne für die Arbeiter:innen. Bitte unterstützt solche Kampagnen, zeigt eure Solidarität mit uns, steht bitte auf unserer Seite.

Noch eine Forderung an die internationale Zivilgesellschaft ist es, eigene Kampagnen für die Freilassung politischer Gefangener zu starten. Für mich hat die Clean Clothing Campaign eine Kampagne organisiert damit ich freigelassen werde. Es gibt sehr viele Frauen, die im Gefängnis sind, die brauchen Unterstützung. Es sind junge Frauen im Gefängnis, deren Frauenrechte verletzt wurden. Bitte unterstützt sie, zeigt Solidarität mit ihnen!

Zur Person

Myo Myo Aye ist seit der Aufhebung des Verbots von Gewerkschaften 2011 als Gewerkschafterin aktiv. 2016 war sie Mitgründerin von Solidarity Trade Union Myanmar, eines feministischen Gewerkschaftsverbands, der patriarchalen Strukturen, sowohl am Arbeitsplatz, wie auch in Gewerkschaften entgegenwirken wollte.

Die Autorin

Ohnmar Khin ist Studentin der Politik und Soziologie an der Universität Bonn. Darüber hinaus engagiert sie sich als Mitglied der myanmarischen Diaspora in Deutschland aktivistisch.

Die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung

Von Majid Lenz

Die Gewalt, mit der die *Tatmadaw* seit dem Putsch gegen die Bevölkerung vorgeht, sollte die internationale Gemeinschaft zu entschiedenen Schritten bewegen. Das Militär begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit und missachtet die Menschenrechte der Bürger:innen. Doch schon vor dem Putsch stellten sich wichtige menschenrechtliche Fragen.

Die Gräueltaten der *Tatmadaw* nach dem Putsch erfüllen die Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Der Einsatz von Kriegswaffen gegen Zivilisten, Brandschatzung, extralegale Tötungen, der Einsatz von Zwangsarbeit und menschlichen Schutzschilden, sexualisierte Gewalt und Folter, Vertreibung und die weitgehende Einschränkung von Freiheitsrechten. Die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft ist beschämend verhalten. Einige Staaten haben Sanktionen verhängt, es gibt aber weiterhin kein globales Waffenembargo gegen die Junta und dem UN-Sicherheitsrat wurde bisher noch keine Resolution vorgelegt. Dies mag daran liegen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats ein Veto durch eines der anderen Mitglieder fürchten, aber dies sollte kein Grund sein, eine klare Positionierung zu vermeiden. Was kann die Staatengemeinschaft also tun? Ein Rahmen für internationale Solidarität könnte die *Responsibility to Protect* (Schutzverantwortung) sein.

Grundlagen der internationalen Verantwortung

Die Schutzverantwortung als Konzept wurde 2005 auf dem UN-Weltgipfel festgelegt. Sie setzt sich aus drei Teilen zusammen: Zunächst muss jeder Staat Sorge dafür tragen, seine Bevölkerung vor Genozid, ethnischer Säuberung und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Zweitens hat jeder Staat, der in der Lage ist, andere Staaten

bei der Umsetzung dieser Verantwortung zu unterstützen, die Pflicht, dies zu tun. Und drittens ist es, wenn ein Staat daran scheitert, diese Verantwortung zu erfüllen, die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, zeitnah und entschieden Handlungen vorzunehmen, um dieses Scheitern abzufangen.

Um Sorgen des Globalen Südens über militärische Interventionen entlang der alten Hierarchiestrukturen zu mildern, sieht dieser letzte Aspekt zunächst nicht-militärische Handlungen vor: Diplomatische Isolation, Sanktionen, Waffenembargos und die Einleitung von Prozessen vor internationalen Gerichten. Der extremste Schritt, militärische Intervention, soll erst nach Zustimmung durch den UN Sicherheitsrat möglich sein.

Direkte Intervention in Myanmar?

Es stellt sich also die Frage, ob eine bewaffnete Intervention in Myanmar realistisch ist. Dies scheint aus drei Gründen nicht der Fall zu sein. Erstens ist bei dieser Art Eingriff immer die Frage zu beantworten, ob er nicht zu viele negative Folgen hat. Da die *Tatmadaw* eine nationale Armee mit tief in den Staat reichenden Wurzeln ist, ist es unsicher, ob auch ein entschiedenes internationales Eingreifen den Konflikt beenden könnte, bevor es zu einem langen Krieg mit vielen Opfern kommt.

Zweitens ist eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrats quasi ausgeschlossen. Die beiden letzten Resolutionen in diese Richtung betrafen Libyen und Syrien. Im Fall von Libyen gab es eine Autorisierung für den Einsatz von Gewalt zum Schutz von Zivilist:innen. Allerdings fühlten sich eine Reihe von Staaten vor den Kopf gestoßen, als einige Mitglieder der Koalition dies zu einem Mandat für einen erzwungenen Regierungswechsel ausdehnten. Im Fall von Syrien gingen die Differenzen sogar noch weiter: Die verabschiedete Resolution wurde von manchen Staaten so ausgelegt, als autorisiere sie den Einsatz von Gewalt,



Thantlang im Chin-Staat nach einem Angriff des Militärs. (Foto: Chinland Post)

während andere dies abstritten. Bei einer solch zerrütteten Lage des Sicherheitsrats ist es unwahrscheinlich, dass eine Resolution, die den Einsatz von Waffengewalt legitimiert, verabschiedet wird.

Drittens scheint kein anderer Nationalstaat Interesse an einer militärischen Intervention zu haben. Weder die Anrainerstaaten noch die Hegemone der globalen Sicherheit haben angedeutet, mit oder ohne ein UN-Mandat offen in den Konflikt eingreifen zu wollen.

Es scheint für die Bevölkerung Myanmars also wenig aussichtsreich, ihre Hoffnung auf ein direktes Eingreifen des Auslands zu setzen. Aber wie steht es um die anderen Mechanismen der Schutzverantwortung?

Sanktionen greifen nicht

Seit dem Putsch haben einige westliche Staaten Sanktionen gegen Individuen und Organisationen aus Myanmar verhängt. Dabei handelt es sich vor allem um sogenannte gezielte Sanktionen, die speziell Mitglieder des Militärs und seine wirtschaftlichen Flügel treffen sollen. Das heißt, dass die Finanzmittel von Individuen der Junta sowie einer Reihe staatlicher und militärnaher Firmen eingefroren werden. Es dürfen ihnen keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden und sie sind mit einem Einreiseverbot belegt. Diese Sanktionen sind ein wichtiger Schritt,

besonders dort, wo sie dem Militär Finanzierungsmöglichkeiten nehmen. Allerdings generieren die Konglomerate des Militärs einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen aus Rohstoffen, die nicht im Dollar- oder Euromarkt gehandelt werden müssen. Also ist eine Sanktionierung, die nicht zumindest die größten lokalen Handelspartner einschließt, weniger effizient.

Auf UN-Ebene wurden bisher keine bindenden Sanktionen gegen die Junta angestrebt. Die Generalversammlung hat eine Resolution verabschiedet, die alle Mitglieder aufruft, den Fluss von Waffen nach Myanmar zu verhindern. Allerdings haben diese Resolutionen nur bindende Wirkung, wenn sie durch den Sicherheitsrat ergehen. Interessant ist hier allerdings, dass Russland und China sich enthalten haben, statt gegen die Resolution zu stimmen.

Europa und Deutschland haben beide ihr bestehendes Waffenembargo gegen Myanmar nie vollständig aufgehoben. Dieses umfasst Waffen, Munition und militärische Ausrüstung. Seit dem Putsch hinzugekommen sind ein Exportverbot für Dual-Use-Güter, Exportbeschränkungen für Überwachungsausrüstung und ein Verbot von militärischem Training und Kooperation mit der Putschregierung.

Auch hier ist es allerdings notwendig, dass die internationale Gemeinschaft gemeinsam bindende Regeln beschließt, um die Junta effizient von weiteren Waffen und Material abzuschneiden.

Die Junta muss isoliert werden

Der diplomatische Status Myanmars befindet sich seit dem Putsch in der Schwebe. Länder und internationale Organisationen haben bisher weder offiziell die Junta als die *de facto* Regierung des Landes anerkannt, noch sich hinter die NUG als legitime Vertretung der entmachteten Parlamentarier:innen gestellt. Die UN hat das Problem bisher vor sich hergeschoben und, statt eine Entscheidung zu fällen, den vorherigen Gesandten im Amt gelassen. Da dieser nicht zum Lager der Putschisten gehört, ist dies zwar wünschenswert, aber die Trägheit der UN hat Konsequenzen. So wurde der myanmarischen Gesandtschaft beispielsweise die Teilnahme am Menschenrechtsgipfel verwehrt, in dem speziell auch Myanmar zur Sprache kommen sollte. Als Grund wurde angegeben, dass die Generalversammlung keine Entscheidung über das Vertretungsrecht getroffen habe und das Büro des Menschenrechtsrats dies nicht eigenständig entscheiden könne. Hier zeigt sich, dass auch diese rein formalen Formen von Unterstützung auf internationaler Ebene konkrete Konsequenzen haben.

Die ASEAN hatte Myanmar zunächst einen Sitz bei ihren Versammlungen verweigert und im Rahmen des 5-Punkte-Konsens eine diplomatische Lösung des Konflikts angestrebt. Im Rahmen dieses Prozesses sollte die Gewalt unverzüglich eingestellt und ein Dialog der Parteien eröffnet werden. Die ASEAN wollte ebenfalls humanitäre Hilfe leisten und einen Sondergesandten nach Myanmar senden. Bisher sind diese Punkte nicht umgesetzt worden, abgesehen von der Reise des Gesandten. Dieser konnte dort aber nur mit Junta-Vertretern und von ihnen ausgewählten Personen sprechen. Darüber hinaus hat die ASEAN damit begonnen, Vertreter:innen der Junta zu kleineren Kongressen einzuladen. Im Rahmen der 40. ASEANAPOL-Konferenz, eine ASEAN-weite Polizeikooperation, ging sogar der Posten des *Executive Officers* der ASEANAPOL an einen myanmarischen Polizisten über. Hatte der Westen zunächst große Hoffnungen gehegt, dass der Regionalverband die Krise intern angehen und Druck auf die Junta ausüben würde, scheinen diese sich nicht erfüllt zu haben. Die ersten Anzeichen einer Normalisierung sollten endlich den Anlass für ein entschiedeneres Auftreten der internationalen Gemeinschaft geben.

Auf der breiteren internationalen Ebene schwankt die Politik aktuell noch zwischen Solidaritätsbekundungen mit den entmachteten Parlamentarier:innen und dem vorgeblichen Nutzen einer diplomatischen Verbindung mit den Generälen. Wie lange diese Hoffnung auf eine erfolglos scheinende Kommunikationslinie zu Passivität führen wird, ist aktuell schwer abzusehen.

Die Schwächen der internationalen Gerichtsbarkeit

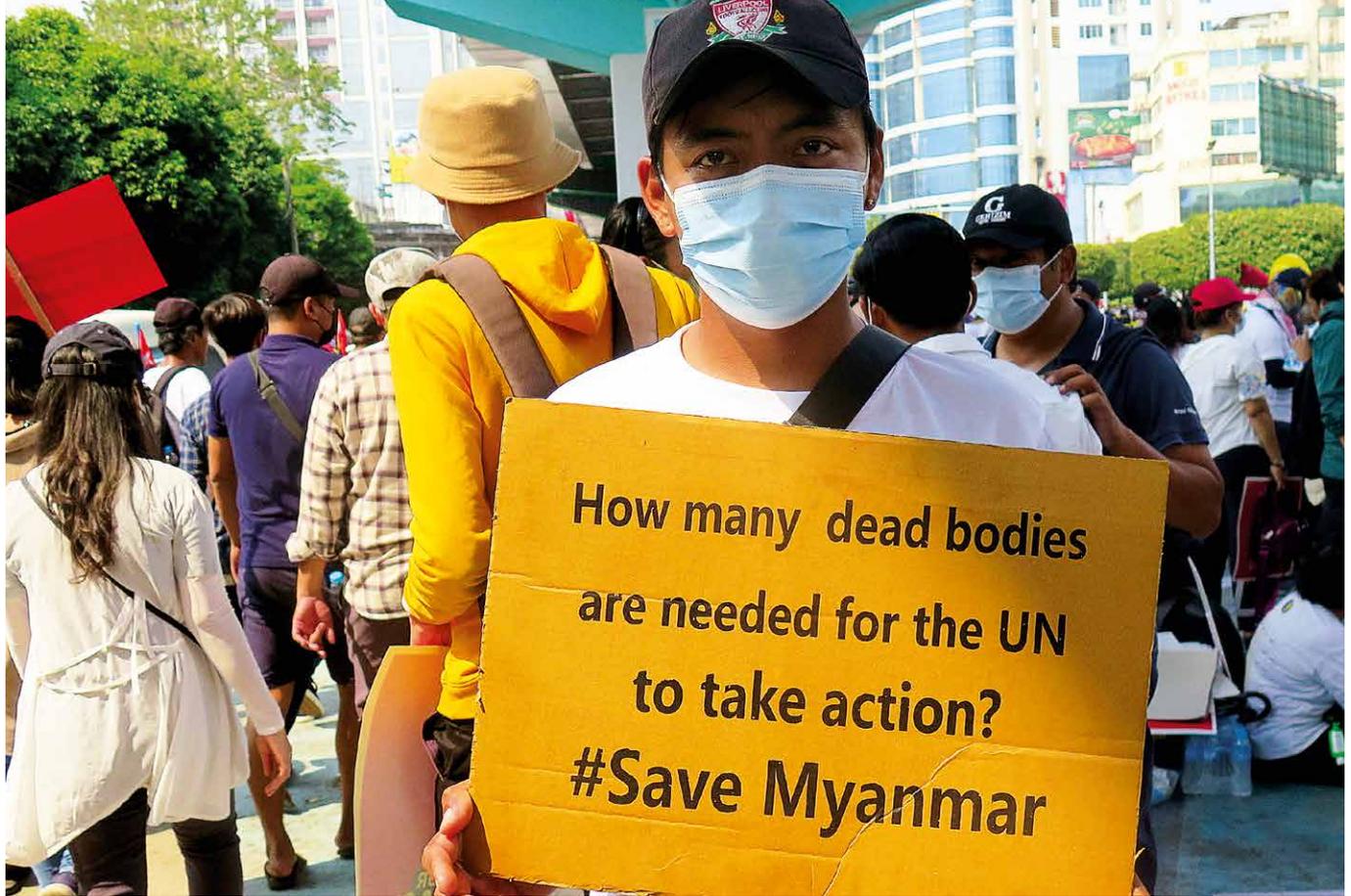
Vor internationalen Gerichten sind einige Prozesse in Gang gebracht worden. Zunächst wurde durch den UN-Menschenrechtsrat bereits 2018 der *Independent Investigative Mechanism for Myanmar* eröffnet. Dieser sammelt und dokumentiert Verstöße gegen die Menschenrechte, um spätere Strafverfolgungen zu ermöglichen. Hatte der Mechanismus zunächst die Aufgabe, die Verbrechen gegen die Rohingya zu dokumentieren, hat er nach dem Putsch auch begonnen, die Gräueltaten der Armee gegen die gesamte Bevölkerung festzuhalten.

2019 wurde eine Untersuchung vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eröffnet, auch diese beschäftigt sich mit den Verbrechen der *Tatmadaw* gegen die Rohingya. Allerdings hat Myanmar das Römische Statut nicht unterschrieben, so dass die Untersuchung sich auf Vergehen beschränken muss, die eine Wirkung nach Bangladesch hatten. Eine Untersuchung der Taten in Myanmar wäre nur möglich, wenn der UN-Sicherheitsrat den IStGH beauftragt.

Ebenfalls 2019 hat Gambia ein Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) initiiert. Myanmar hatte, damals noch unter der Führung der NLD, vorläufige Einwände gegen die Aufnahme des Verfahrens vorgebracht. Der Versuch, Verfahren gegen den eigenen Staat durch prozedurale Einwände aufzuhalten, ist im internationalen Kontext die Norm, untergräbt aber die Autorität des Rechtssystems.

Zum Jahrestag des Putsches kündigte die NUG an, dass sie die Einwände zurückziehen möchte, um den Ablauf des Verfahrens zu beschleunigen. Dies stellte den IGH vor ein Dilemma: Sollte die Repräsentation Myanmars in diesem Fall an das Militär übergehen, das vorgibt, *de facto* Kontrolle über das Land auszuüben? Oder sollte die NUG, die sich als Rechtsnachfolge der entmachteten Parlamentarier:innen sieht, die Vertretung von Aung San Suu Kyi übernehmen?

Wie bereits erwähnt, hatte die Generalversammlung der UN die Entscheidung bisher vor sich hergeschoben, was dazu führte, dass die Unterorganisationen der UN keine bindende Vorgabe hatten. Der IGH hat entschieden, eine prozedurale Lösung zu wählen und die Kommunikation weiterhin an die bei ihnen hinterlegten Adressen zu richten. Dies ist die Botschaft in Brüssel, die unter der Kontrolle der Junta steht. Das Militär auf diese Art von der willkürlichen Verhaftung Aung San Suu Kyis profitieren zu lassen, stellt die Legitimität des internationalen Rechts insgesamt in Frage.



Gerade zu Beginn der Proteste hoffte die Bevölkerung auf ein Eingreifen der UN. (Foto: Henri Myrntinen)

Zusätzlich hat Argentinien unter dem Grundsatz der universellen Gerichtsbarkeit ein Verfahren wegen des Völkermords an den Rohingya eingeleitet. Unter universeller Gerichtsbarkeit kann ein nationales Gericht Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit eröffnen, wenn die Täternation sich unwillig zeigt, dies selbst zu tun. Unabhängig vom Ausgang dieses Verfahrens ist es unwahrscheinlich, dass Argentinien ein Urteil vollstrecken kann. Aber der Wert einer gerichtlich ermittelten Beweislage sollte nicht unterschätzt werden.

Hindernisse im internationalen Recht sind systemisch

Die Situation in Myanmar zeigt erneut die systemischen Fehler des internationalen Rechts auf. Die NLD selbst stellte noch 2019 die Legitimität der internationalen Gerichtsbarkeit in Frage. Der Sicherheitsrat, dominiert durch die Eigeninteressen der Vetomächte, ist so passiv, dass noch immer keine Resolution vorgelegt wurde. Unterorganisationen der UN, Staatenbünde und Nationalstaaten warten zum überwiegenden Teil auf Entscheidungen einer höherliegenden Ebene, die weiterhin unwahrscheinlich erscheinen. Staaten versuchen den Einfluss internationaler Regeln gering zu halten, um später nicht ihr eigenes Handeln einschränken zu müssen.

Solange die Strukturen der internationalen Verantwortung gelähmt bleiben, fällt es umso stärker auf die Nationalstaaten, besonders Myanmars regionale Nachbarn, zu handeln. Der Erlass von Sanktionen und Embargos gegen die Junta, die Anerkennung der NUG, die Aufnahme von Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Bereitstellen von humanitärer Hilfe sind effizienter, wenn sie gemeinsam ergriffen werden. Wenn die internationalen Strukturen aber in der Einleitung dieser Maßnahmen versagen, fällt die Verantwortung an jeden einzelnen Staat, im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung Myanmars Gerechtigkeit erfährt. Entsprechend fällt diese Verantwortung auch an die deutsche Regierung.

Der Autor

Majid Lenz ist der Länderreferent Myanmar der Stiftung Asienhaus.

Myanmar auf dem Weg in die Freiheit

Von Harry Myo Lin



*Eine treibende Kraft des Widerstands ist die Generation Z.
(Foto: Henri Myrntinen)*

Als ich zu Beginn dieses schönen Frühlings auf einer Straße in Wien spazieren ging, fing meine dreieinhalb-jährige Tochter an zu weinen. Einige Sekunden davor war sie noch sehr entspannt, und ich wunderte mich, warum sie zu weinen begann. Dann wurde mir klar, dass sie aus Angst weinte, weil ein Polizeiauto vor uns angehalten hatte.

Wir haben Myanmar vor fast einem Jahr verlassen, als mich mein ehemaliger Vermieter informierte, dass das Militär unsere alte Wohnung in Yangon besuchte und nach mir suchte. Glücklicherweise waren wir bereits an einen

anderen Ort umgezogen. Als das myanmarische Militär am 1. Februar 2021 einen Putsch unternahm, war ich in Mandalay. Seit dem ersten Tag des Putsches herrschte in der Stadt große Ungewissheit und die Menschen waren schockiert, da ein Putsch von den meisten nicht erwartet worden war.

Desinformation und Unsicherheit

Außerdem begann das Militär eine Desinformationskampagne, um die Menschen 72 Stunden lang zu Hause zu halten. Das Militär in Myanmar ist bekannt für seine Fähigkeit, Desinformationskampagnen zu führen, und sie begannen damit von der ersten Minute des Putsches an. Erst nach einigen Tagen kam es zu ersten Protesten, die von meinem guten Freund Dr. Tay Zar San angeführt wurden. Es war der erste Schritt der langen Revolution in Myanmar, die als Frühlingsrevolution bekannt wurde. Vier Jugendführer:innen wurden an diesem Tag als erste Demonstrant:innen nach dem Militärputsch verhaftet. Ich bezeichne sie nicht als die ersten politischen Gefangenen, denn das Militär hatte bereits in der ersten Stunde des Putsches wichtige politische, zivilgesellschaftliche, künstlerische und religiöse Führer:innen als die ersten politischen Gefangenen des neuen Putsches im Jahr 2021 festgenommen.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Militär in Myanmar einen Putsch unternahm. Myanmar hat in seiner modernen Geschichte die meiste Zeit unter verschiedenen Formen der Militärdiktatur verbracht. Die Wahl im Jahr 2020, die das Militär nicht anerkennen will, weil die Parteien ihrer Kumpane furchtbar verloren haben, war erst die zweite allgemeine Wahl, bei der die Menschen in Myanmar demokratisch abgestimmt haben. Die erste war die erzwungene und kontrollierte Wahl im Jahr 2010, mit der die lange Herrschaft der Militärführers Than Shwe über das Land endete.



Auch religiöse Gemeinschaften stellen sich gegen das Militär. (Foto: Henri Myrntinen)

Das breite Bündnis des Widerstands

Seit dem Beginn des Kampfes für Freiheit und Demokratie, der Frühlingsrevolution genannt wird, sind Millionen von Menschen in fast allen Städten, Bezirken und Dörfern Myanmars auf die Straße gegangen. Die Bewegung ist vor allem von jungen Menschen angeführt worden, der Generation Z, aber sie setzt sich aus allen Altersgruppen zusammen. Vielleicht könnte ich sagen, dass es sich um die inklusivste Revolution in der Geschichte Myanmars handelt, bei der die Menschen in Myanmar ungeachtet ihres Glaubens, ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Wohlstands oder ihres Alters zusammengekommen sind. Der Traum der Menschen ist nicht, in die Zeit vor dem Putsch zurückzukehren, sondern in eine Zeit nach dem Putsch aufzubrechen, in der eine föderale Demokratie herrscht. In ein Land, das ein Höchstmaß an Freiheit verspricht und allen Menschen die Menschenrechte zugesteht. Ein Land, in dem die Armee unter ziviler Führung steht. Eine Armee, die die Menschen respektiert und ihnen dient, anstatt sie zu töten.

Die Menschen in Myanmar haben große Träume für ihr Land. Doch der Kampf um diesen Traum ist kein Zuckerschlecken. Myanmars Militär hat auf alle Formen des Kampfes des Volkes für Demokratie und Freiheit, die Frühlingsrevolution, sehr gewaltsam reagiert. Friedliche Proteste im ganzen Land wurden gewaltsam und unter Einsatz tödlicher Kräfte niedergeschlagen. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* stellt in ihrem Bericht zum ersten Jahrestag des Putsches fest, dass die Streitkräfte „Massentötungen, Folter, sexuelle Gewalt und willkürliche Verhaftungen begangen haben, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen darstellen“. Bisher wurden über 1.800 Menschen, darunter mindestens 100 Kinder, während der friedlichen Proteste getötet.

Trauma und Gegenwehr

Um die Geschichte zu beenden, die ich am Anfang erwähnte: Die Angst meiner Tochter vor der Polizei beginnt dort in Mandalay, als wir im Februar 2021 auf der Straße

protestierten. Dort lernte sie als 2-Jährige die Brutalität der Polizei von Myanmar kennen und sie trägt das Trauma bis heute mit sich. Selbst das netteste Lächeln der Wiener Polizei konnte ihr nicht helfen, sich von dieser Erfahrung vollständig zu erholen. Hier muss ich zugeben, dass das, was meine Familie und meine Tochter erlebt haben, nichts im Vergleich zu dem ist, was Kinder in Myanmar unter der rücksichtslosen Behandlung durch das Militär erleiden. Um ein Beispiel zu nennen: Das jüngste vom Militär getötete Kind ist zwei Jahre alt und das jüngste willkürlich vom Militär verhaftete Kind ist vier Jahre alt.

Nach Angaben der *Assistance Association for Political Prisoners* (AAPP) wurden über 13.000 Aktivist:innen, Politiker:innen, Journalist:innen und andere willkürlich inhaftiert, und rund 2.000 entziehen sich einem Haftbefehl. Hunderte sind gewaltsam verschleppt und verschwunden. Etwa 100 Personen wurden zum Tode verurteilt und mindestens 150 Menschen wurden während der Haft durch Folter getötet.

Angesichts der Niederschlagung friedlicher Proteste auf der Straße haben Tausende junge Menschen beschlossen, den Widerstand aus dem Dschungel fortzusetzen. Viele haben sich bewaffneten ethnischen Gruppen angeschlossen, die bereits seit Jahrzehnten für Selbstbestimmung und gleiche Rechte kämpfen.

Einigkeit und Hoffnung

In dieser dunkelsten Zeit in Myanmar haben wir ein Licht gesehen. Das Volk von Myanmar hofft weiter, träumt weiter, und was am wichtigsten ist, es leistet weiter Widerstand und kämpft weiter. Der Putsch hat die Menschen in Myanmar ungeachtet ihres ethnischen und religiösen Hintergrunds zu einer Einheit zusammengeführt, wie wir sie in der Geschichte des modernen Myanmar noch nie erlebt haben. Fünf Strategien haben die Menschen in Myanmar gewählt, um den Widerstand fortzusetzen:

1. Bewegung des zivilen Ungehorsams durch Staatsangestellte: Mehr als 400.000 Staatsangestellte weigern sich, unter dem Militär zu arbeiten, und kündigen ihren Job.
2. Friedlicher Protest: Die Menschen in Myanmar, insbesondere die Studenten, gehen immer noch jeden Tag auf die Straße, um dem Wunsch der Menschen nach Freiheit Ausdruck zu verleihen.
3. Boykott-Kampagne: Die Menschen in Myanmar weigern sich, Produkte oder Dienstleistungen von Unternehmen zu nutzen, die mit dem Militär in Myanmar zu tun haben, und vor allem von Unternehmen, die mit dem Militär in Myanmar zusammenarbeiten.
4. Diplomatie: Die Regierung der Nationalen Einheit (NUG) kämpft mit allen Mitteln darum, als rechtmäßige Regierung Myanmars anerkannt zu werden. Darüber hinaus wurde der *National Unity Consultative Council* (NUCC)

gebildet, als Plattform für verschiedene ethnische Gruppen und politische Kräfte, die gemeinsam die Revolution und den Aufbau eines zukünftigen föderalen Landes vorantreiben. Im März 2022 hat der NUCC die föderale demokratische Charta veröffentlicht, die von der Ersten Volksversammlung angenommen wurde und den Grundstein für ein neues Myanmar legt.

5. Schließlich sind die *People's Defense Forces*, eine Verteidigungstruppe zum Schutz und zur Befreiung des Volkes von den terroristisch agierenden myanmarischen Militärs, aktiv im Einsatz und werden auf der Grundlage universeller Menschenrechtsprinzipien zum Schutz der Menschen ausgebildet.

Deutschland muss den Widerstand unterstützen

Ich glaube, dass Myanmar mit diesen kollektiven Strategien von den Terroraktionen des eigenen Militärs befreit werden kann. Und unser Appell an unsere internationalen Freunde, insbesondere an die freie Welt, in der Deutschland eine wichtige Führungsrolle spielt, lautet: Vergessen Sie uns nicht, wenn wir Ihre Solidarität und Unterstützung am meisten brauchen.

Das Volk von Myanmar braucht alle Arten von Unterstützung. Auf der diplomatischen Ebene sollte die Regierung der Nationalen Einheit von Myanmar als die legitime, vom Volk gewählte Regierung von Myanmar anerkannt werden. Außerdem brauchen wir humanitäre Hilfe und Unterstützung bei Bildung, Gesundheit und in anderen Bereichen, um den Kampf so schnell wie möglich und mit einem Minimum an Schaden zu gewinnen. Angesichts der globalen politischen Entwicklung in diesem Zeitalter brauchen wir viele freiheitsliebende Länder, um die Demokratie zu verteidigen. Ein demokratisches Myanmar wird sich diesen Bemühungen weltweit anschließen, sobald es vom Militär befreit ist, und die globale Familie muss alles tun, um Myanmar auf seinem Weg zur Freiheit zu unterstützen.

Der Autor

Harry Myo Lin ist ein Aktivist aus Myanmar. Er arbeitet vor allem zu interreligiösem Dialog, Frieden und Menschenrechten. 2014 gründete er in Mandalay die zivilgesellschaftliche Organisation *Seagull*, um die Verbreitung von Hate Speech aufzuhalten. Seit 2017 arbeitet er in der internationalen Organisation KAICIID, die durch interreligiösen Dialog Friedensförderung betreibt.

Myanmar nach dem Putsch – Neue Genderdynamiken in der Gesellschaft und der Politik?

Von Henri Myrntinen



Auch das Aufhängen von Wäsche wurde zu einer stillen Form des Widerstands. (Foto: Henri Myrntinen)

Seit dem Putsch in Myanmar ist gesellschaftlich und politisch vieles in Bewegung geraten, auch im Hinblick auf die politische Beteiligung der Jugend, von Frauen und von LSBTIQ+-Personen. Es ist jedoch noch zu früh um abzusehen, wie nachhaltig diese Veränderungen sein werden, und der patriarchale Backlash hat nicht lange auf sich warten lassen. Auch vermindert die zunehmende Militarisierung des Widerstandes den Handlungsspielraum von Frauen und führt zu einer Festigung traditioneller Geschlechterrollen, jedoch mit Ausnahmen.

Die Gesellschaft in Myanmar galt schon zu britischen Kolonialzeiten als relativ egalitär, was die Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben angeht, zumindest im regionalen Vergleich. Die zentrale Position von Daw Aung San Suu Kyi im politischen Leben hat diesen Eindruck oft noch bestärkt. Trotzdem war und ist die Politik – von der Dorfebene bis zu den Parlamenten und nationalen Ministerien – eine oft gerontokratische Männerdomäne geblieben. Auch zeigte Aung San Suu Kyis *National League for Democracy* (NLD) während ihrer Amtszeit eher wenig Interesse an Gender-Fragen. Während ihrer Regierungszeit blockierte die NLD zivilgesellschaftliche Versuche, das Militär (die *Tatmadaw*) für sexualisierte Gewalt im Rahmen ihrer Aufstandsbekämpfung zur Rechenschaft zu ziehen. Das Gesetz gegen häusliche Gewalt blieb im Parlament stecken und Rufe nach mehr Rechten für LSBTIQ+-Bürger:innen stießen auf taube Ohren. Trotzdem gab es auch positive Entwicklungen, vor allem in der Zivilgesellschaft, wo sich neue Frauen- und LSBTIQ+-Organisationen bildeten, auch in einigen der von ethnischen Widerstandsbewegungen kontrollierten Gebieten.

Feministischer Widerstand

Der Putsch vom 1. Februar 2021 führte zu einer raschen Politisierung von Menschen, die bis dahin eher am Rande des politischen Geschehens standen. Bei den Straßenprotesten in fast allen Landesteilen spielte die sogenannte Generation Z eine zentrale Rolle und Frauen waren überproportional beteiligt. Vor allem in den Großstädten Yangon und Mandalay nahmen auch LSBTIQ+-Personen offen an den Protesten teil. Viel Aufmerksamkeit bekamen vor allem die feministischen *Hta mein*-Proteste, bei denen Frauen den patriarchalen Aberglauben gegen das Militär ausspielten. Bei diesen Protesten wurden von Frauen getragene Sarongs (*Hta mein*) sowie Periodenbinden und Büstenhalter auf Wäscheleinen über Straßenzüge gespannt. Nach verbreitetem Aberglauben verlieren Männer ihre männliche Kraft (*hpon*), wenn sie sich, insbesondere ihren Kopf, unter



LSBTIQ+-Gruppen waren ein wichtiger Teil der frühen Proteste. (Foto: Henri Myrntinen)

einem *Hta mein* hinweg bewegen. Bei den Protesten nahmen die Sicherheitskräfte sich daher oft erst die Zeit, die Kleidungsstücke zu entfernen, bevor sie durch eine Straße marschierten oder fuhren.

Auch ausserhalb der Straßenproteste waren Frauen maßgeblich am Widerstand gegen die Militärjunta beteiligt. Das *Civil Disobedience Movement* (CDM) war am stärksten in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, beispielweise im Schul- und Gesundheitswesen, wo Frauen überrepräsentiert sind, und vor allem Frauen in der Textilindustrie legten ihre Arbeit nieder. Auch waren es oft ältere Frauen aus der jeweiligen Nachbarschaft, die Essen und Wasser für die Demonstrant:innen organisierten und jeden Abend um acht Uhr das Topfschlagen und das Singen revolutionärer Lieder anstimmten. Auch die Schattenregierung der *National Unity Government* (NUG) hat sich einer Gleichstellung der Geschlechter gegenüber offener gezeigt als die NLD. Im Schattenkabinett der NUG sind knapp ein Drittel der Minister:innen Frauen, wobei allerdings die meisten von ihnen Vizeminister:innen sind. Mit U Aung Myo Min hat das Land auch den ersten offen schwulen Minister. Neben der Gender-Diversität ist wichtig, dass das NUG-Schattenkabinett auch ethnisch wesentlich repräsentativer ist und das Altersprofil jünger ist als bei der NLD Regierung.

Patriarchale Unterdrückung

Die sichtbare Rolle von Frauen in den Protesten war der Junta schon früh ein Dorn im Auge. Militärchef Min Aung

Hlain kritisierte die Beteiligung von Frauen als mit der Kultur Myanmars unvereinbar. Die Junta nahm vor allem an den *Hta mein*-Protesten Anstoß und verbat diese als un-buddhistisch. Auch im Rakhine-Staat gab es heftige Kritik seitens nationalistischer Kreise an Frauenrechtsgruppen, die Proteste am Weltfrauentag organisierten. Frauen, die sich an der CDM-Bewegung und an Streiks beteiligten, wurden nach Angaben der Frauenrechtsagentur der Vereinten Nationen (UN Women) überproportional häufig abgestraft und entlassen. Auch weibliche Teilnehmer:innen an Straßenprotesten haben oft einen hohen Preis gezahlt. Die erste Demonstrantin, die von der Junta erschossen wurde, war die 20-jährige Mya Thweh Thweh Khine in der Hauptstadt Naypyitaw. Außerdem gibt es Berichte von sexueller Gewalt und sexuellen Übergriffen auf Frauen, die bei Protesten festgenommen wurden.

Die harte militärische Niederschlagung der Proteste ab Mitte März 2021 und die bewaffnete Gegenreaktion der Opposition hat zumindest teilweise einen Rückschlag in punkto Gleichstellung mit sich gebracht. Der gesellschaftliche und politische Spielraum für Frauen und LSBTIQ+-Personen, der bei den Protesten und in der CDM- und Streikbewegung größer wurde, ist wieder geschrumpft. Mit dem Übergang zum militärischen Widerstand sind es wieder hauptsächlich Männer, welche in den *People's Defence Forces* (PDF) und den ethnischen Widerstandsgruppen das Sagen haben. Auch wird es für feministische Aktivist:innen inzwischen schwieriger, die Strategie oder die Taktiken der bewaffneten Opposition oder der NUG zu kritisieren, ohne dafür schnell massiv in den sozialen Medien kritisiert zu werden, oft mit sexistischen Untertönen.



Weiblich, jung und queer: die frühen Proteste zeigten einen Wandel der politischen Teilhabe auf. (Foto: Henri Myrntinen)

Diese Zwickmühle, einerseits für ihren Widerstand gegen das Militär und die Zentralregierung gefeiert zu werden, aber bei Kritik am Vorgehen oder an patriarchalen Strukturen der ‚eigenen Seite‘ ignoriert oder zum Schweigen beordert zu werden, ist vielen Frauenrechtsaktivist:innen der ethnischen Minderheiten nur zu gut bekannt.

Militanz und Maskulinität

Die Re-Maskulinisierung und Militarisierung des Widerstandes und des politischen Raumes bedeutet jedoch nicht, dass Frauen sich nur auf eine passive Rolle beschränken. Frauen spielen bei der logistischen und finanziellen Unterstützung des Widerstandes eine zentrale Rolle und mehrere Frauen sind deswegen bereits von der *Tatmadaw* festgenommen oder hingerichtet worden. Auch greifen Frauen zunehmend selbst zu den Waffen. Ethnische Widerstandsgruppen wie die *Kachin Independence Army* und die *Karen National Union* haben bereits seit Jahrzehnten auch Frauen in Uniform, allerdings waren diese meist in unterstützenden Rollen oder als Sanitäter:innen beteiligt. Seit dem Putsch kämpfen aber Frauen laut Berichten in der Myanmar-Presse und den sozialen Medien zunehmend an vorderster Front mit. Es gibt auch einige PDF-Gruppen, die von Frauen gegründet worden sind und nun von ihnen geführt werden. Auch die bewaffnete Opposition greift gezielt sowohl regimetreue Männer wie auch Frauen an, vor allem solche, die auf der lokalen Ebene (*ward administration*) die Verwaltungsarbeit der Junta vollziehen, und solche, die als Spitzel (*dalan*) oder Mitglieder der paramilitärischen *Pyu Saw Htee* Miliz gelten.

Was diese Entwicklungen längerfristig für eine aktivere Beteiligung von Frauen, jüngerer Generationen und LSBTIQ+-Bürger:innen am politischen und gesellschaftlichen Leben bedeuten wird, ist noch nicht abzusehen. In jedem Fall wäre es aber wichtig, bereits jetzt gezielt die fachlichen und persönlichen Kapazitäten von Frauen- und LSBTIQ+-Organisationen aufzubauen, damit sie besser an zukünftigen politischen Prozessen teilnehmen können, sei es bei der notwendigen Verfassungsreform, einem radikalen Umbau des Sicherheitssektors oder einem Transitional-Justice-Prozess in der Post-Junta-Zeit. Auch ist es wichtig, die Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Myanmar weiterhin zu unterstützen, damit die NUG und auch die ethnischen Parteien weiterhin Fragen der Gleichstellung und der Nicht-Diskriminierung ernst nehmen, mit der Zivilgesellschaft im Dialog bleiben und sich berechtigter Kritik nicht entziehen.

Der Autor

Henri Myrntinen forscht zu den Themen Gender, Konflikt und Proteste. Dabei hat er einen besonderen Fokus auf die geschlechtsspezifischen Aspekte von Gewalt und Widerstand. Darüber hinaus ist er freier Fotojournalist. Er war 2021 in Myanmar und konnte die Frühphase der Proteste dokumentieren.

Myanmars Revolution wird gewinnen, aber die Welt muss sie unterstützen!

Von Nang Zun Moe

Seit dem versuchten Militärputsch in Myanmar am 1. Februar 2021 ist über ein Jahr vergangen. Der Versuch des Militärs, die gewählte Regierung zu stürzen, trifft landesweit auf überwältigende Ablehnung und Widerstand des Volkes. Auf die Widerstandsaktionen, auch bekannt als Frühlingsrevolution, folgte ein nächtliches Ritual des Trommelns auf Töpfen und Pfannen als Symbol der Ablehnung des Militärs, eine Social-Media-Kampagne, ein Boykott militärisch assoziierter Produkte sowie der Aufruf an die internationale Gemeinschaft um Unterstützung.

Diese Frühlingsrevolution begann mit Protesten und dem Civil Disobedience Movement – einer Streikaktion angeführt von Beamt:innen, Arbeiter:innen der Industriegebiete sowie der Generation Z. Bis heute demonstrieren die Menschen Myanmars ihren Willen zur Demokratie und ihre oppositionelle Haltung gegen den Militärputsch, selbst während sie extremer Gewalt und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt sind – Taten, die vom UN-Sonderberichterstatter als Verbrechen gegen die Menschlichkeit beurteilt wurden. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben sich ebenfalls standhaft gegen die illegalen Versuche des Militärs, die Regierung in ihre Macht zu bringen, zusammengeslossen, um gegen das Vorgehen des Militärs zu protestieren und sich zu wehren.

Unterdrückung und Widerstand

Seit dem versuchten Militärputsch in Myanmar wurden annähernd 1.900 Menschen getötet und 11.000 Menschen wurden willkürlich inhaftiert. Im vergangenen Jahr hat das Militär verzweifelt versucht, seine Kontrolle durch gewaltsame Mittel zu festigen. Dabei verübte es auch Massenmorde, Verhaftungen, Folter, Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt, das Niederbrennen von Dörfern und Menschen sowie Angriffe auf Zivilist:innen durch Luftan-

griffe und Artillerie. Trotz dieses brutalen Vorgehens hat die revolutionäre Bewegung der Menschen Myanmars verhindert, dass das Militär die komplette Kontrolle übernehmen konnte.

Heute, mehr als ein Jahr nach dem 1. Februar 2021, ist der Putsch gescheitert, da das Militär nicht in der Lage ist, den Anschein einer ökonomischen, politischen und territorialen Kontrolle aufrechtzuerhalten. Der Widerstand im gesamten Land hält zu stark an. Dies umfasst die Volksverteidigungskräfte, welche von jungen Menschen, die aus den urbanen Regionen in den Dschungel geflohen sind, sowie lokalen Kräften aus den ländlichen Regionen aufgebaut wurden, um ihre Gemeinschaften gegen die willkürliche Gewalt der Militärjunta zu schützen.

Ausbreitung der Gewalt

Die Taten des Militärs sind nichts Neues. Seit über 70 Jahren verübt das Militär Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an ethnischen Minderheiten, darunter auch der Völkermord an den Rohingya im Jahr 2017 – ein Verbrechen, für das Gambia Myanmar vor den Internationalen Gerichtshof brachte. Jetzt werden die Methoden, die das Militär 2017 gegen die Rohingya und seit Jahrzehnten gegen andere ethnische und religiöse Minderheiten anwandte, im gesamten Land gegen die Menschen in Myanmar eingesetzt.

Die Gewalt und die wahllosen Angriffe, einschließlich Luftangriffe auf Zivilist:innen, haben seit dem Putsch mehr als 590.100 Menschen vertrieben. Es besteht ein dringender Bedarf an humanitärer Hilfe. Laut der Organisation der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) lebten bereits vor dem Putsch 370.000 Menschen auf der Flucht. In Myanmar gibt es jetzt über 900.000 Menschen, die durch die anhaltenden Konflikte zu Binnenvertriebenen wurden.



Plakate in Yangon verbinden den Ruf nach einer Rückkehr zur Demokratie mit der Forderung nach gleichen Rechten für die Rohingya. (Foto: Henri Myrntinen)

Fehlende internationale Unterstützung

Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft ist unbedingt notwendig. Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist überwältigend. Er kann aber nicht durch Hilfsorganisationen gedeckt werden, die mit der Junta kooperieren. Denn es ist das Militär selbst, das diese schweren Verstöße gegen die Menschenrechte begeht und direkt für die Vertriebenen verantwortlich ist. Das Militär hat zudem die Lieferung von humanitären Gütern an die Vertriebenen blockiert, was zu Hungersnöten führte. Zudem griff es die Lager der Vertriebenen an, sogar mit Bombenangriffen durch Kampfflugzeuge. Das Militär ist der Auslöser der humanitären Krisen und genießt nicht das Vertrauen der Bürger. Zusammenarbeit mit der terroristischen Junta ist nie neutral. Jede Partnerschaft mit der Junta läuft Gefahr, ihr Legitimität und Anerkennung zu verleihen. Dies ist nicht nur gegen den Willen der Menschen Myanmars, sondern fügt ihnen aktiv Schaden zu. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sich humanitäre Organisationen und die Vereinten Nationen mit der legitimen Regierung von Myanmar, dem National Unity Government, mit ethnischen bewaffneten Organisationen und einzelnen Befreiungsgruppen beraten und mit ihnen zusammenarbeiten.

Darüber hinaus müssen lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke und Wohltätigkeitsgruppen, die schnell auf die Krise reagiert haben, unterstützt und als wichtige Anbieter humanitärer Hilfe in diesen Krisenzeiten anerkannt werden. Die Vereinten Nationen und internationale humanitäre Hilfsorganisationen wurden durch ihre eigenen starren Richtlinien und Vorschriften behindert und bemühten sich, Zugang zu eben diesem Militär zu erlangen, das humanitäre Hilfe als eine politische und taktische Waffe einsetzt. Im Gegensatz dazu haben viele lokale Organisationen ihre jahrzehntelangen Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Expertise vor Ort, um den Menschen in Not zu helfen. Viele haben das Vertrauen der lokalen Gemeinschaften gewonnen. Sie verfügen über die Fähigkeiten, die notwendigen Verbindungen und das Verständnis des lokalen Kontexts, um auch mittels grenzüberschreitenden Kanälen aus Nachbarländern tätig zu sein. Spender und internationale Organisationen müssen der Zusammenarbeit mit diesen lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Netzwerken und Wohltätigkeitsgruppen Vorrang einräumen, um den humanitären Bedarf zu decken. Dies erfordert Unterstützung für nicht registrierte Organisationen und den Abbau von Beschränkungen und komplexen Anforderungen, die den Zugang zu Finanzmitteln und die Bereitstellung humanitärer Dienste behindern. Was diese Gruppen in diesen schwierigen Zeiten brauchen, sind Partnerschaften, die ihnen Vertrauen, Finanzierung und Ressourcen zur Verfügung stellen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Länder der EU, wie Deutschland, darauf drängen, dass humanitäre Hilfe über lokale Gruppen und grenzüberschreitende Kanäle geleistet wird.

Deutschland in der Verantwortung

Deutschland kann als führendes Mitglied der Europäischen Union noch weitere konkrete Schritte unternehmen. Nachdem myanmarische zivilgesellschaftliche Organisationen wiederholt Gerechtigkeit und Rechenschaft für internationale Verbrechen gefordert haben, die gegen die Menschen Myanmars begangen wurden, sollte Deutschland sich den Forderungen an den UN-Sicherheitsrat anschließen, die Situation in Myanmar unverzüglich an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen, damit diese schweren Verbrechen des Militärs untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.

Zweitens darf die Militärjunta in keinem internationalen Forum als staatlicher Repräsentant Myanmars anerkannt werden. Jeglicher Kontakt, ob bilateral oder im Rahmen internationaler Plattformen, könnte der Junta Legitimität verleihen. Die im April 2021 von gewählten Parlamentarier:innen gegründete Regierung der Nationalen Einheit ist der rechtmäßige Vertreter Myanmars und muss auf der internationalen Bühne als die einzig legitime Regierung anerkannt werden.



Eine Demonstrantin wird abgeführt. Zum Transport werden LKW der Marke Sinotruk verwendet. (Foto: Myanmar Now)

Drittens sind schnelle und entschlossene Schritte notwendig, um bestehende lokale Maßnahmen der Zivilgesellschaft vor Ort zu unterstützen, einschließlich der Bereitstellung humanitärer Hilfe durch grenzüberschreitende Kanäle.

Viertens muss Deutschland die EU auffordern, weitere gezielte Sanktionen gegen das Militär, seine Unternehmen und seine Geschäftskumpane zu verhängen. Die EU sollte bestmöglich sicherstellen, dass das menschenverachtende Militär sich nicht weiter bereichert.

Zuletzt ist die Einrichtung eines umfassenden, globalen Waffenembargos unerlässlich, um den Fluss von Waffen und Dual-Use-Gütern an die Militärjunta zu stoppen. Deutschland muss zudem auch handeln, um Waffenhändler zu sanktionieren, die die schweren Verbrechen des Militärs ermöglichen, einschließlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Deutsche Industrie mitverantwortlich

Es gibt auch konkrete Maßnahmen, die die deutsche Regierung ergreifen kann. Sinotruk-Fahrzeuge wurden vom Militär in Myanmar bei der gewaltsamen Niederschlagung der friedlichen Demonstrant:innen eingesetzt. Auch eine große Anzahl festgenommener Demonstrant:innen wurde in Sinotruk-Fahrzeugen transportiert. *Justice For Myanmar*, eine Gruppe von Aktivist:innen, die sich für die Aufdeckung der Geschäfte des Militärs in Myanmar einsetzt, enthüllte, dass der deutsche Lkw-Hersteller MAN ein wichtiger strategischer Aktionär von Sinotruk Hongkong ist. Laut *Justice For Myanmar* ist MAN durch seine Partnerschaft mit Sinotruk direkt mit den schweren Menschenrechtsverletzungen des Militärs in Myanmar verbunden. Nach den OECD-Leitlinien für verantwortungsbewusstes Geschäftsgebaren und den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind Unternehmen dafür verantwortlich, Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit ihren Tätigkeiten und Partnerschaften zu ver-

hindern. Als wichtiger Partner von Sinotruk muss MAN seinen Einfluss geltend machen, um alle Geschäfte von Sinotruk mit dem Militär in Myanmar zu beenden.

Deutschland muss eine Schlüsselrolle übernehmen um sicherzustellen, dass MAN und andere Unternehmen die Menschenrechte respektieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Deutschland darauf hinwirkt, dass die EU weitere gezielte Sanktionen gegen das Militär, seine Unternehmen und Partner verhängt.

Enttäuschte Erwartungen

Es ist über ein Jahr her, dass der schreckliche Albtraum begann. Die Menschen in Myanmar engagieren sich weiterhin in einer anhaltenden, entschlossenen Widerstandsbewegung gegen das brutale Militär und seinen Versuch der Machtergreifung. Doch die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft war bisher minimal und beschränkte sich größtenteils auf Erklärungen der Verurteilung und Besorgnis, ganz im Gegensatz zu der schnellen und vereinten Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf Russlands illegale Invasion in der Ukraine. Das Volk Myanmars verdient die gleiche Unterstützung und Solidarität, die die Ukraine derzeit von der internationalen Gemeinschaft erfährt. Die Zeit der sanften Diplomatie ist schon lange vorbei, und die weltweite Verurteilung des Vorgehens des Militärs muss sofort in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Das vergangene Jahr hat die Stärke, die Solidarität, die Entschlossenheit und den Willen des Volkes von Myanmar gezeigt, und während die internationale Gemeinschaft Ausflüchte macht, wird es deutlich, dass die Bevölkerung Myanmars die eigene Zukunft selbst in die Hand nimmt. Stille Streiks, Proteste auf der Straße, Boykott von Militärprodukten, bewaffneter Widerstand zur Verteidigung ihrer Gemeinschaften und der lange Kampf für die Selbstbestimmung ethnischer Minderheiten – all dies trägt zum Scheitern des Staatsstreichs bei. Das Ende des brutalen, illegalen Versuchs des Militärs in Myanmar, die Macht an sich zu reißen, ist vielleicht noch nicht gekommen, aber es wird kommen, und das Volk zeigt den Weg an.

Die Autorin

Nang Zun Moe ist die Geschäftsführerin von *Progressive Voice*, einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die 2016 aus einer Kooperation verschiedener Gruppen hervorging. Sie setzen sich für ein föderales und demokratisches Myanmar ein, das sich auf die Säulen von Frieden, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Menschenrechte stützt.

Zwischen ‚Brüderlichkeit‘ und Abhängigkeit: Chinas Einfluss in Myanmar

Von Majid Lenz

Geographische Nähe, historische, wirtschaftliche und postkoloniale Verbindungen: Es gibt eine Reihe von Gründen für die Interdependenz Myanmars und Chinas. Doch wie ‚brüderlich‘ ist diese Beziehung noch? Wie wird sie vom Militär und der Bevölkerung gelesen und welche Auswirkungen hat sie auf die Lage in Myanmar?

Um das Verhältnis der beiden Staaten zu verstehen, reicht ein bloßer Überblick der Gegenwart nicht aus. Auch die historische Entwicklung der Beziehungen sollte einbezogen werden. Daher wird sich dieser Beitrag grob in 3 Abschnitte gliedern: eine historische Einbettung, die Jahre 1988 – 2021 und schließlich die Rolle Chinas in Myanmar nach dem versuchten Putsch 2021.

Postkolonialismus und *paukphaw*

Myanmar erlangte 1948 die Unabhängigkeit von Großbritannien, dessen Kolonie es vorher für viele Jahre war. Teil eines postkolonialen Entwicklungsansatzes war es, die Verbindungen mit regionalen Partnern zu intensivieren und, anders als andere ehemalige britische Kolonien, nicht dem Commonwealth beizutreten. Bereits im Dezember 1949 nahm die Regierung Myanmars Kontakt mit der neuen kommunistischen Regierung Chinas auf und strebte eine Anerkennung an. Diese erfolgte 1950. Ein wesentlicher Aspekt dieser frühen Anerkennung war die Flucht von Teilen der chinesisch-nationalistischen Kuomintang in die nördlichen Regionen Myanmars. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu gemeinsamen militärischen Einsätzen der Regierungen Myanmars und Chinas gegen diese Truppen.

U Nu, der erste Premierminister Myanmars, strebte eine freundschaftliche Beziehung mit den chinesischen Nachbarn an. Aus diesen Bestrebungen entstand das Konzept von ‚*paukphaw*‘, das man als Brüderliche Freundschaft

übersetzen könnte, wobei es auch Konnotationen von Blutsverwandtschaft transportiert und von beiden Seiten im internationalen Kontext nur für diese Verbindung genutzt wurde. 1954 wurde diese Beziehung durch die Übernahme der ‚Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz‘ aus dem sino-indischen Abkommen formalisiert: gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, ein Nichtangriffspakt, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Anderen, Gleichbehandlung und gegenseitiger Nutzen in der Beziehung sowie friedliche Koexistenz. Diese Zusicherung die Rechte des Anderen zu respektieren und sich nicht in innere Angelegenheiten einzumischen, war für Myanmar, als ‚kleiner Bruder‘, von entscheidender Bedeutung um eine unabhängige Entwicklung sicherzustellen.

Schon in den 1960er Jahren wurden diese Richtlinien aber stark in Frage gestellt: China begann zunehmend die *Communist Party of Burma* (CPB) zu unterstützen. Diese war nach einer Reihe von Zerwürfnissen aus der Koalition, die gegen die Japaner und Briten für die Unabhängigkeit kämpfte, ausgeschlossen worden und hatte einen bewaffneten Aufstand begonnen. Dies verschlechterte die Beziehung der beiden Länder deutlich. 1962 wurde U Nu in einem Putsch entmachtet und durch Ne Win, Anführer der *Burma Socialist Programme Party* (BSPP), ersetzt. Die Partei war stark vom Militär durchsetzt und versuchte gegen sowohl demokratische wie auch kommunistische Bewegungen einen Weg zu einem burmesischen Sozialismus zu beschreiten. 1964 festigte die BSPP ihren Machtanspruch, indem sie alle anderen Parteien verbot. Nachdem Friedensverhandlungen zwischen CPB und BSPP bereits 1963 gescheitert waren, verstärkte die CPB ihre maoistische Ausrichtung. In Reaktion auf die erneute Militanz und den Versuch einer eigenen Kulturrevolution, machten viele Bürger:innen China für das Vorgehen der Partei verantwortlich, was 1967 zu Ausschreitungen gegen chinesischstämmige Menschen in Myanmar führte. Trotz dieser politischen Differenzen blieben die Beziehungen zwischen den jeweiligen Regierungen größtenteils freund-



Sticker in Yangon kurz nach Ausbruch der Proteste. (Foto: Henri Myrntinen)

lich. Die Regierung Myanmars war weiterhin daran interessiert durch Handelsverbindungen mit ihren Nachbarstaaten die eigene Entwicklung voranzutreiben, während China strategisches Interesse an einem Zugang zum indischen Ozean hatte.

Sanktionen und Öffnung

1988 unterdrückte die Regierung mit besonderer Brutalität Studentenproteste, woraufhin die BSPP durch eine offene Militärregierung ersetzt wurde. Kombiniert mit der Verfälschung des Wahlergebnisses im Jahr 1990, verhängten westliche Nationen Sanktionen gegen Myanmar. Diese Handelsbeschränkungen führten zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen China und Myanmar. 1989 wurde das größte Waffengeschäft in der Geschichte Myanmars abgeschlossen und die burmesische Militärregierung erhielt Waffen im Wert von einer Milliarde Dollar aus China. Insgesamt verachtfachte sich das Handelsvolumen der beiden Länder zwischen 1989 und 2008. Die Bedeutung dieser privilegierten wirtschaftlichen Position zeigt sich auch in Chinas Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich 2007 gegen Myanmar vorlegten.

2009 und 2010 wurden eine Reihe großer bilateraler Infrastrukturprojekte beschlossen, die Chinas Zugriff auf burmesische Rohstoffe ausbauten und China direkte Pipelines zum Golf von Bengalen sicherten. Allerdings war Myanmars Verhandlungsposition gegenüber China über die Jahre deutlich schwächer geworden. Während die hohen Summen, die China in Myanmar investierte, für den Infrastrukturausbau und die Entwicklung wichtig waren, wurde es zunehmend offensichtlich, dass eine weitere Bindung an China auch Myanmars Abhängigkeit von chinesischem Wohlwollen erhöhte. Gleichzeitig verbreitete sich in der Bevölkerung die Ansicht, dass der Großteil der chinesischen Projekte hauptsächlich Chinas Eigeninteresse fördere und lediglich Myanmars Ressourcen und Arbeitskraft für die Volksrepublik nutzbar machen wollte.

Im Jahr 2010 kam es zu enormen politischen Wandel in Myanmar, als die Regierung unter Thein Sein eine Reihe politischer Reformen einleitete, die zahlreiche Beschränkungen für Oppositionsparteien und die Redefreiheit aufhoben, politische Gefangene freiließen und Menschen- und Arbeiterrechte stärkten. Diese Veränderungen gingen mit einer Öffnung des Landes gegenüber dem Westen einher. Spätestens als 2012 der damalige US-Präsident Barack Obama Myanmar besuchte, wurde klar, dass das Land sich

auf internationaler Ebene nach neuen Partnern umschaute. Auch wenn nicht sofort eine vollständige Umorientierung stattfand, konnte die Regierung Myanmars das Interesse der westlichen Länder nutzen, um in Verhandlungen mit China deutlich selbstsicherer vorzugehen.

Unter diesen neuen Voraussetzungen wurden große Projekte Chinas in Myanmar in Frage gestellt. Die Bauarbeiten am Myitsone-Damm, ein Wasserkraftwerksprojekt, das Strom nach China liefern sollte, wurden nach Protesten der Zivilgesellschaft eingestellt und die Letpadaung-Kupfermine sah sich heftiger Kritik und Widerstand ausgesetzt. Eine geplante Eisenbahnlinie zwischen der chinesischen Provinz Yunnan und Myanmars Rakhine Staat wurde aufgrund mangelnden Interesses von Seiten Myanmars auf Eis gelegt. In China wuchs die Sorge, dass viele der Investitionsprojekte, die mit der früheren Militärregierung ausgehandelt wurden, nun neu verhandelt oder annulliert würden.

China musste nun mit den USA, der EU und Japan um Projekte in Myanmar konkurrieren. Chinas Ansehen verschlechterte sich aus der Sicht der Regierung, wie auch des Militärs zusätzlich, da die Grenzregion zwischen den Staaten eine Reihe von Rebellengruppen beherbergt, die chinesische Infrastruktur nutzen. Besonders Bargeld, Telekommunikations- und Stromnetzwerke lockern die Kontrolle über diese Gebiete. China blieb ein wichtiger Handelspartner, aber war nicht mehr die einzige Herkunft direkter Investitionen.

Ab 2016 sah sich Aung San Suu Kyi, damals Regierungschefin, aufgrund der Gräueltaten gegen die Rohingya zunehmend in der Kritik westlicher Nationen. In dieser Drucksituation und angesichts schwindender Investitionen, folgte eine erneute Intensivierung der Kooperation mit China. 2017 schloss Myanmar sich offiziell Chinas *Belt and Road Initiative* (BRI) an, und im folgenden Jahr unterzeichneten beide Länder eine Absichtserklärung zum gemeinsamen Aufbau des Wirtschaftskorridors China-Myanmar (CMEC). Weitere geplante Projekte sind eine Eisenbahnlinie, die die chinesische Grenzstadt Ruili mit Mandalay verbindet, und ein von China finanzierter Tiefseehafen in Kyaukphyu am Golf von Bengalen.

Putsch und Unsicherheit

Nach dem Putsch am 1. Februar 2021 war die Beziehung zwischen China und Myanmar unklar. Einerseits hatte eine Isolierung Myanmars bisher immer zu einer festeren Bindung an China geführt. Die Volksrepublik könnte so, ohne Konkurrenz durch westliche Staaten, Verträge deutlich stärker zu ihrem Vorteil gestalten. Gleichzeitig hatten chinesische Konzerne sich in der Vergangenheit nicht scheu gezeigt von den autoritären Strukturen des Militärs

Gebrauch zu machen, sei es zur Unterdrückung von Streiks oder zur Durchsetzung großer Bauprojekte gegen zivilgesellschaftlichen Widerstand. Beispielsweise wurden Demonstrationen gegen das Myitsone-Projekt im Kachin Staat unterdrückt. Auch das Letpadaung-Kupferminenprojekt wurde gegen den Willen der Zivilgesellschaft durchgesetzt. Das *Joint Venture* zwischen dem chinesischen Unternehmen *Wanbao Mining* und der *Union of Myanmar Economic Holdings* (UMEHL), die vom myanmarischen Militär geführt wird, eignete sich das Land der lokalen Bevölkerung ohne angemessene Entschädigung an. Demonstrationen die die Bauarbeiten stoppten, wurden durch die Polizei aufgebrochen, die auch gegen Demonstrant:innen vor der chinesischen Botschaft vorging.

Auch im März 2021 kam es zu Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Yangon. Der Besitzer einer chinesischen Schuhfabrik hatte das Militär gerufen, um einen Lohnstreit in der Fabrik zu beenden. Sechs Arbeiter:innen wurden getötet und weitere 70 verhaftet. In der Bevölkerung breitete sich zunehmend der Eindruck aus, dass diese Konzerne die Menschen und die Umwelt Myanmars ausbeuten und die chinesische Regierung die Junta schützt, um weiterhin Zugang zu den Ressourcen Myanmars zu haben. Es kam zu Brandanschlägen gegen chinesische Fabriken und Drohungen gegen ein Pipelineprojekt. Die Vorrangstellung der Volksrepublik in der Ausbeutung des myanmarischen Markts nach dem Putsch hatte also hohe Kosten für Chinas Ruf.

Der Widerstand der Bevölkerung und die politische und ökonomische Instabilität Myanmars schien Chinas wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen zu widersprechen. Die geplanten Großprojekte waren alle noch mit der gewählten Regierung ausgehandelt worden, die chinesischen Interessen offen gegenüberstand. Außerdem hatte der Putsch auch die regionale Strategie Chinas gestört, indem er Konflikte innerhalb der ASEAN hervorrief, zu gesteigerter Spannung an der Grenze zwischen Myanmar und Thailand führte und das Wohlbefinden, das China in Jahren der Zusammenarbeit mit Aung San Suu Kyi aufgebaut hatte, verspielt. Darüber hinaus verstieß zukünftige Investition in Myanmar gegen Chinas Investitionsrichtlinien, nach denen Konfliktgebiete vermieden werden sollen.

Auch aus Sicht der Junta gab es widerstrebende Interessen. Es war für die Generäle extrem wichtig sich gegen internationale Sanktionen abzusichern. Dazu ist der regionale Handel, an dem China den Löwenanteil trägt, sehr bedeutsam. Ebenso mussten sie eine Möglichkeit finden die Liquidität zu wahren und weitere Waffenlieferungen zu sichern. Auch im Bereich der direkten Investitionen ist China der größte Partner Myanmars. Diesen strategischen Interessen standen hauptsächlich ideologische Einwände gegenüber: Die Generalsriege sind Nationalisten, die traditionell gegen einen zu starken Einfluss Chinas in Myanmar



Der Drei-Finger-Gruß ist auch in Myanmar zu einem Zeichen des Widerstands geworden. (Foto: Henri Myrntinen)

waren und Bedenken wegen Chinas Kontakten zu diversen Rebellengruppen hegten. Gleichzeitig schien Min Aung Hlaing in China kein hohes Ansehen zu genießen.

Chinas Zögern

Offizielle Aussagen von chinesischer Seite forderten zunächst alle Parteien in Myanmar auf unter der Verfassung und den Gesetzen den Konflikt beizulegen, verurteilten aber nicht den Putsch. Myanmars Botschafter in China stellte sich an die Seite der Generäle und chinesische Medien griffen in der Darstellung des Konflikts die Narrative der Junta auf. Ausländische Interessen seien für die Instabilität verantwortlich, das Militär sei der Garant von Stabilität und Angriffe gegen chinesische Fabriken und Infrastruktur seien vom Westen unterstützt um China zu treffen.

Gleichzeitig signalisierte die Junta Bereitschaft die Umsetzung der schon geplanten Großprojekte voranzutreiben und weitere chinesische Investitionen anzuwerben. Darüber hinaus führte die starke Einbindung von dem Militär zugehörigen Unternehmen in diese Projekte dazu, dass einige Generäle schon langjährige Erfahrung im Umgang mit ihren chinesischen Partnern hatten.

Dennoch stellte China sich zunächst nicht offen an die Seite der Junta. So wurde die Kommunikation mit anderen Gruppen in Myanmar zwar heruntergefahren, aber nicht komplett beendet. Besonders nach den Angriffen auf chinesische Unternehmen im März und April 2021, schien die chinesische Regierung davon auszugehen, dass offene Unterstützung für die Militärs die chinafeindliche Stimmung im Land weiter anheizen würden. Es wurden inoffizielle Austausche mit der zivilen Regierung eingeleitet, die Rhetorik betonte die guten Handelsbeziehungen mit der Vorgängerregierung und die Freundschaft Chinas zu allen Menschen Myanmars. Bis Anfang des Jahres 2022 schien es, als versuche die chinesische Regierung hauptsächlich ihre Langzeitinteressen zu schützen: Öffentliche Neutralität, niedrigschwellige Kommunikation mit allen Beteiligten und schrittweise Umsetzung von schon beschlossenen Kooperationen.

Geopolitik und Chinas Entscheidung

Als ASEAN beschloss, die Junta nicht als offizielle Regierung Myanmars einzuladen, war China nicht erfreut, akzeptierte diese Entscheidung aber und unterstützte den Fünf Punkte Konsens. Doch mit dem Übergang des ASEAN-Vorsitz an Kambodscha, ein weiterer regionaler Partner Chinas, versuchte China im Oktober 2021 erneut die Junta in ASEAN zu integrieren. Sie wünschten sich einen Besuch Hun Sens in Myanmar und unterstützten eine Integration des ASEAN Fünf Punkte Konsens in den Übergangsplan der Junta. Dieser sieht eine Umgestaltung der Wahlkommission und eine anschließende Neuwahl unter Kontrolle der Junta vor.

In Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine war Russland nicht mehr in der Lage die Junta im selben Umfang zu unterstützen. Gleichzeitig löste die Invasion einen globalen Preisanstieg und Ressourcenknappheit aus. Gegen Ende März 2022 intensivierte China die Unterstützung für die Junta und die Bestrebungen ASEAN zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Anfang April empfing Chinas Außenminister einen Gesandten des Militärs und versicherte, dass, unabhängig von veränderten Situationen, China immer an Myanmars Seite stehe, wenn es um die Sicherstellung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Einheit, sowie der Erprobung von Entwicklungsstrategien gehe.

Als Ergebnis dieses Treffens vereinbarten China und die Junta die Fortsetzung der Arbeiten am CMEC, verstärkte diplomatische Kooperation, das gemeinsame Vorgehen gegen unilaterale Sanktionen und eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung um über 100 Millionen Dollar. Auf chinesischer Seite schien diese Entscheidung durch die Sorge um ihre bereits vorgenommenen Investitionen und Partikularinteressen gefallen zu sein. Unter einer Reihe von Entscheidungsträger:innen hatte sich die Ansicht verbreitet, dass auch ein Sieg der Opposition nicht zwingend mit der erneuten Machtübernahme durch die National League for Democracy enden würde. Chinas bisherige Unentschlossenheit hatte bereits zu so großer Empörung in der Bevölkerung gesorgt, dass es nicht mehr sicher war, dass eine neue Regierung kooperationswillig wäre. Gleichzeitig scheint China seine geostrategischen Interessen gegen die USA so besser bedient zu sehen: Der Ausbau des CMEC, der die Provinz Yunnan mit dem indischen Ozean verbinden soll, isoliert China gegen eine Abriegelung der Straße von Malakka und sichert China einen weiteren Verbündeten, der in der ASEAN den Herrschaftsanspruch Chinas über das Südchinesische Meer unterstützt.

Während dies ein offensichtlicher Rückschlag für den Widerstand ist, scheint Chinas Entscheidung kurzsichtig. Mit dieser offenen Unterstützung für die Junta untergräbt die Volksrepublik die Möglichkeit zukünftiger Kooperationen mit anderen Konfliktparteien. Gleichzeitig konnte das Militär nach mehr als einem Jahr seine strategischen Ziele nicht erfüllen. Weite Teile des Landes befinden sich nicht unter der Kontrolle der Junta und sowohl die ethnischen bewaffneten Organisationen (EAO) wie auch die Volksverteidigungskräfte befinden sich weiterhin in offenem Widerstand. Zwar unterstützt China noch einige der EAOs im Grenzgebiet, aber selbst dort wäre es ein harter Schlag für die Legitimität dieser Organisationen, wenn sie sich zu mehr als Neutralität verpflichteten. Zusätzlich hat sich das Ansehen Chinas in der Bevölkerung weiter verschlechtert. Die Gefahr, die sich daraus für Chinas Langzeitinteressen ergibt, zeigt sich nicht zuletzt in der zunehmenden Militanz gegen chinesische Einrichtungen in Myanmar.

Während die Junta sich also auf eine starke Abhängigkeit von der Volksrepublik einlässt, vermisst die Bevölkerung Myanmars jede Spur von ‚Brüderlichkeit‘.

Der Autor

Majid Lenz ist der Länderreferent Myanmar der Stiftung Asienhaus.

Die Myanmararbeit der Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus arbeitet seit über 20 Jahren zu Myanmar. Mutig treten die Menschen dort dem Militär entgegen, setzen sich für politische Partizipation und den Aufbau einer gleichberechtigten Gesellschaft ein. Durch Informations-, Lobby- und Advocacyarbeit unterstützen wir ihre gerechten Anliegen. Gemeinsam mit Partner:innen aus Myanmar nehmen wir Politik und Wirtschaft in die Verantwortung, zeigen Handlungsoptionen auf und geben der Zivilgesellschaft eine Stimme. Schwerpunkte unserer Arbeit sind dabei Friedensförderung, Menschenrechte, Demokratisierung und Netzwerkarbeit. Wir möchten es der Zivilgesellschaft ermöglichen, frei, friedlich und selbstbestimmt ihre Zukunft zu gestalten. Mit Publikationen und Veranstaltungen wenden wir uns an die breite Öffentlichkeit und schaffen Solidarität. Gerade in der aktuellen Situation ist es wichtig die Menschen Myanmars in ihrem mutigen Widerstand nicht allein zu lassen.

Auf unserer Webseite finden Sie aktuelle Analysen und Berichte. Mit den monatlich erscheinenden Myanmar-Nachrichten informieren wir Sie aktuell zu Menschenrechten, Zivilgesellschaft und Entwicklungen.

Sie finden uns online unter >> [asienhaus.de/myanmar](https://www.asienhaus.de/myanmar).

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende. Sie können dies unter >> [asienhaus.de/spenden](https://www.asienhaus.de/spenden) tun.

Weitere Ressourcen

Andere Organisationen

Progressive Voice (englisch)

Eine zivilgesellschaftliche Organisation aus Myanmar, die interessante und tiefgehende Analysen liefert.

progressivevoicemyanmar.org

German Solidarity with Myanmar Democracy e.V. (deutsch)

Aktivist:innen aus Deutschland, die von hier aus die Bevölkerung Myanmars unterstützen.

www.solidarity-myanmar.de

Myanmar-Institut e.V. (deutsch)

Wissenschaftlicher Verein, der Austausch und Vernetzung zu Myanmar fördert.

myanmar-institut.org

Informationsangebote

Myanmar Coup Tracker (englisch)

Eine wöchentlich aktualisierende Webseite, die Entwicklungen in Bezug auf den Putsch stichwortartig festhält.

myanmarcouptracker.eu

Mohinga Matters (englisch)

Eine Gruppe aktivistischer Journalist:innen, die seit dem Putsch regelmäßig aus Myanmar über aktuelle Entwicklungen berichten.

mohingamatters.com

Justice for Myanmar (englisch)

Aktivist:innen, die die wirtschaftlichen Verstrickungen der Junta untersuchen, besonders im Zusammenhang mit anderen Nationalstaaten.

www.justiceformyanmar.org

Über diese Publikation

Im Februar 2021 versuchte das Militär Myanmars in einem Putsch erneut die Macht über das Land an sich zu reißen. Sie inhaftierten politische Gegner:innen, schlugen friedliche Demonstrationen brutal nieder und gingen mit immer drakonischeren Methoden gegen Zivilist:innen vor. Doch die Bevölkerung leistet weiterhin Widerstand: Durch zivilen Ungehorsam, Stille Streiks, Proteste, dem Boykott von Militärprodukten und der Verteidigung ihrer Gemeinschaften. So konnten die Menschen Myanmars bisher die effektive Kontrolle des Militärs über das Land verhindern.

Um diesen Widerstand aufrecht erhalten zu können, ist die Bevölkerung allerdings auch auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der aktiven Zivilgesellschaft angewiesen. Wir müssen sie in ihren Bedarfen und Anstrengungen unterstützen und ihre mutige Gegenwehr nicht in Vergessenheit geraten lassen. Zu diesem Zweck haben wir in dieser Broschüre Analysen über den Konflikt und Perspektiven von Fraktionen des Widerstands zusammengetragen.

So wollen wir das Bewusstsein unserer Gesellschaft über diese Aspekte schärfen und den Betroffenen eine Möglichkeit geben ihre Forderungen zu transportieren.

Über die Stiftung Asienhaus

Die **Stiftung Asienhaus** folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt. Die Stiftung arbeitet seit über 2 Jahrzehnten zum Schwerpunkt Myanmar.

IMPRESSUM

Titel:

Myanmar im Widerstand
Analysen und Perspektiven

Herausgegeben von:

Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Tel.: +49-(0)221-71 61 21-11
Fax: +49-(0)221-71 61 21-10
<http://www.asienhaus.de>
majid.lenz@asienhaus.de

Redaktion:

Majid Lenz

Titelfoto:

Henri Myrntinen

Konzeption und Gestaltung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

© Stiftung Asienhaus, Juni 2022

Dieses Werk steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-SA 4.0
Der Text der Lizenz ist unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/legalcode> abrufbar.